

Collectif Findel: affaire classée

L'affaire Findel n'est plus, ou plutôt, elle a été classée. Petit rappel: le 4 juillet 2000, une vingtaine de manifestant-e-s franchissaient la clôture du Findel pour accéder au tarmac. Ces personnes voulaient ainsi empêcher l'expulsion d'un Algérien. Suite à quoi le premier ministre s'indigna. Et le parquet de demander une peine symbolique. Dans un communiqué, l'Asti met en avant le fait que, dans cette affaire, le pouvoir exécutif a influé sur le judiciaire - faute grave dans un système démocratique qui se respecte. "Nous estimons que le gouvernement aurait pu faire l'économie de ce camouflet, en laissant juger le parquet de l'opportunité des poursuites. Il n'est pas bon de vouloir donner dans l'excès de zèle; la volonté de revanche politique n'est pas nécessairement bonne conseillère en matière judiciaire." Entre-temps, le "Quotidien" a retrouvé l'Algérien refoulé il y a deux ans. Messaoud Ahmed Flidja vit en France, toujours stigmatisé par l'accusation "violent et armé" du fichier d'information Schengen, invoquée par Luc Frieden pour l'expulser. Il voudrait un procès pour se défendre de ces accusations, mais personne ne semble vouloir être responsable de celles-ci. Une piste serait un dossier de la "Direction de la sécurité du territoire" française, où se retrouveraient les mêmes accusations. Or, Messaoud Ahmed Flidja n'a jamais été poursuivi à ce sujet.

Le temps des cerises - 2002

Déi Lenk invitent à leur traditionnelle fête des cerises qui aura lieu ce samedi 8 juin au Centre sportif Roger Krier (Scheierhaff) à Belvaux/Soleuvre. Concerts, projections de films vidéo pour enfants, spectacle de clown, théâtre et concert rock avec Tiger Fernandez promettent une ambiance festive. Quant au côté plus politique, il sera sans doute assuré par "Showdown - revue politique des événements du 11 septembre" avec Guy Rewenig et Guy Stoons, ainsi que la présence de divers associations et mouvements, dont d'ailleurs le woxx.

Null-Toleranz: Frieden dementiert

Von Null-Toleranz habe er nie gesprochen, kommentierte Justizminister Luc Frieden (CSV) am vergangenen Dienstag in der Chamber verschiedene Zeitungsberichte. Da hat er Recht, der Mann mit dem ausgesprochen rechten Sinn. Das hatte ja auch kein Presseorgan behauptet. Offenbar kann der Minister nicht zwischen Zitaten und journalistischen Schlussfolgerungen unterscheiden. Dass allerdings seine Ausführungen zur Strafverfolgung unter dieser griffigen Schlagzeile resümiert wurden, daran ist der Saubermann selbst schuld. Ähnlich wie der New Yorker Bürgermeister Rudolph Giuliani, der bekanntlich den Begriff "zero tolerance" prägte, spricht sich auch Luc Frieden - nun schon zum zweiten Mal - für eine konsequente Strafverfolgung aus. Einziger Unterschied: Er plädiert nicht für drakonischere Strafen (in New York steht auf "wildes" Schutt abladen bis zu 10.000 US-Dollar Strafe). Parteikollege Laurent Mosar unterstützte diese Hardliner-Linie bei mit der Feststellung, es gebe für die CSV "keine guten oder schlechten Infractionen". Vermutlich ärgerte sich der Saubermann Nr. 2 darüber, dass das Gericht die Findelanklage klassiert hat.

Schweden: Bei der Adoption sind alle gleich

Ein Erfolg können Schwule und Lesben in Schweden für sich verbuchen: Künftig dürfen in dem skandinavischen Land auch homosexuelle Paare Kinder adoptieren. Und zwar mit den gleichen Rechten wie heterosexuelle Paare auch, das heißt auch im Ausland. Damit geht Schweden weiter als Island, Dänemark, die Niederlande und einige Bundesstaaten in den USA. Dort haben Schwule und Lesben bisher nur das Recht, die biologischen Kinder ihrer PartnerInnen zu adoptieren. Scharfe Kritik gibt's allerdings aus gewohnter Ecke: Rechte Parteien, christliche Gruppen und Adoptions-Organisationen argumentieren, dass adoptierte Kinder nicht zusätzlichen Schwierigkeiten ausgesetzt werden sollten, die von einem ungewöhnlichen Familienfeld herrührten.

KNAST

Resozialisierung schwer gemacht

Ob Umbau, Dreibern oder Wäscherei - hinter einigen langwierigen Projekten in Sachen Strafvollzug verbergen sich aufwendige luxemburgische Verwaltungsprozeduren. Manchmal sitzen die Bremsen aber auch in Brüssel.

(ik) - Die Problematik der Minderjährigen, der Abschluss der Bauarbeiten am Centre Pénitentiaire, der Bau der geplanten Wäscherei auf dem Schrassiger Gelände und die Einrichtung einer geschlossenen Abteilung für delinquente Jugendliche in Dreibern, die mangelhafte sozioedukative Betreuung, Kommunikativonsschwierigkeiten zwischen Direktion und Personal bzw. auch unterm Personal selber, diese Probleme seien noch immer brandaktuell, bemängelte die grüne Abgeordnete Renée Wagoner am vergangenen Dienstag im Parlament. Sie legte noch eins nach: Auch die Ankündigung der Schrassiger Gefängnisleitung, das Weiterbildungsangebot für Frauen zu verbessern, sei nicht eingelöst, vielmehr sei ein Bildungsprojekt für weibliche Strafgefangene erst kürzlich gestoppt worden, so die Grüne.



„Ich gratuliere zur Entlassung. Hier sind ihre persönlichen Sachen: 1 Zwickel, 1 gestrockneter Frosch, 3 Marmeln, 2 rostige Nägel...“

Qualifizierte Arbeit für weibliche Häftlinge

Die Escher Initiative zur "Beruflichen Orientierung und Qualifizierung von Frauen" war als Teilprojekt eines übergeordneten Resozialisierungsprojekts "Reset" (résocialisation et éducation) des CPL konzipiert worden und sah als Ausbildungsschwerpunkte - neben klassi-

schen Knastarbeiten wie Näh-, Reinigungs- und Pflegeaktivitäten - auch anspruchsvollere Tätigkeiten im Bereich neue Medien vor. "Die Idee dazu ist schon vor einigen Jahren entstanden", erklärte Vera Spautz, Präsidentin von Zarabina gegenüber der woxx. Sie sei dann in Absprache mit der CPL-Direktion im Frühjahr vergangenen Jahres entwickelt worden. Ziel des Projektes, das im Rahmen der europäischen Aktion Beschäftigungsinitiative "Equal" mit Geldern aus dem Europäischen Sozialfonds finanziert werden sollte, sei gewesen, die Frauen auf das Leben nach der Haft vorzubereiten. "Die Frauen müssen schließlich etwas in der Hand haben, wenn sie rauskommen, sonst geht der Teufelskreis Kriminalität von vorne los", so Spautz. Zudem sollte das seit Jahren wiederholt als zu dürftig bemängelte Weiterbildungsangebot der Frauen aufgestockt werden.

Das sieht zwar rein zahlenmäßig im Vergleich zu den Männern gar nicht so schlecht aus (gemessen an ihrem Anteil von rund fünf bis zehn Prozent an allen rund 320 Strafgefangenen im CPL, sind weibliche Häftlinge mit sechs Ateliers besser versorgt als die Männer mit 15 Ateliers). Allerdings können Frauen bislang lediglich Nähen, Bügeln und Packen. Diese Arbeiten sind im Vergleich zu den meisten Angeboten bei den Männern nicht nur schlechter bezahlt, sie bestätigen zudem vorherrschende Rollenstereotypen. Da Frauen und Männer im Knast strikt voneinander getrennt werden und Frauen aus Platz- und Organisationsgründen nicht in den Ge-

nuss der Givenicher Angebote kommen, besteht für sie zurzeit auch keine Möglichkeit, anspruchsvollere Berufe wie den der Druckerin, Mechanikerin oder EDV-Fachfrau zu erlernen.

"Wir haben nicht die Mittel", begründet Vincent Theis das Aus für das Zarabina-Projekt. Die Prozeduren, welche die Brüsseler Verantwortlichen für all jene Institutionen vorsähen, die in den Genuss von Geldern aus dem Europäischen Sozialfonds kommen wollen, seien "zu aufwendig" für eine staatliche Verwaltung wie das CPL. Zudem seien Fragen der Kompatibilität zwischen EU- und Luxemburger Recht unklar. Es ist erst zwei Jahre her, dass die EU-Kommission strengere Kontrollmechanismen bei der Vergabe öffentlicher Gelder durchsetzte - Ergebnis der während der Amtszeit der Santer-Kommission bekannt gewordenen Zweckentfremdung von EU-Geldern. Arbeitsminister François Biltgen hatte die Brüsseler Haltung am vergangenen Dienstag auf einer Pressekonferenz als "Dysfunktionswahn" scharf kritisiert. Immerhin: Sowohl Arbeitsministerium als auch CPL-Direktion bekundeten weiterhin ein "großes Interesse" an mehr Weiterbildungsangeboten für weibliche Häftlinge. Der Minister überlegt sogar, ob einige Projekte künftig nicht besser aus nationalen Töpfen bereitgestellt werden sollten. Eine zweite Chance also für die Escher Initiative?

PESTIZIDRÜCKSTÄNDE

Interglobale Regelung gefragt

Nitrofen ist jetzt zum prominenten Pestizidrückstand avanciert. In europäischen Lebensmitteln tummeln sich jedoch zahlreiche andere giftige Rückstände. NGO fordern eine neue EU-Direktive.

(dw) - "Keinerlei Hinweise auf Nitrofen-Rückstände in Luxemburg" - der Titel der am Mittwoch von "demeter" und "biolabel" veröffentlichten Pressemitteilung vermag zweifellos die hiesige Biokundenschaft zu beruhigen. Die beiden Biovereine hatten Proben von Futtermitteln und Eiern vom Institut Kuhlmann in Ludwigshafen auf Nitrofenrückstände untersuchen lassen. "Die Ergebnisse weisen keinerlei Spuren von Nitrofen aus, so wie wir dies auch erwartet hatten", so das Fazit in der Presseerklärung.

Demeter und biolabel klären die Luxemburger BiokonsumtInnen auf, woher das Futter der hiesigen Biohennen kommt: zum Großteil von Mitgliedsbetrieben, zugekauft werden Futtermittel von einer niederländischen Firma in Limburg, erlaubt sind in Ausnahmefällen auch konventionelle Komponenten in geringem Maße. Die Nitrofenfunde in deutschem Ökogeplügel haben dennoch deutlich gemacht: Die Transparenz "vom Futtertrog bis auf den Teller" lässt auch in der Ökonahrungsmittel-Produktion zu wünschen übrig.

Wie es in der Europäischen Union im Allgemeinen um Pestizidrückstände bestellt ist, zeigen Ergebnisse des EU-Monitoring-Reports über Pestizidrückstände, der Ende Mai abseits des Nitrofenrummels veröffentlicht wurde. Daraus geht hervor, dass immerhin 4,5 Prozent der 45.000 untersuchten Obst-, Gemüse- und Getreideproben Pestizidkonzentrationen enthielten, die über dem Grenzwert lagen. "Noch erschreckender war für uns, dass in rund 15 Prozent Rückstände von mehr als einem Pestizid gefunden wurden", sagt Carina Weber, die Geschäftsführerin des deutschen "Pestizid-Aktions-Netzwerks" (PAN).

Eine solche Mehrfachbelastung würde von der bestehenden europäischen Gesetzgebung gar nicht berücksichtigt. Diese regelt nämlich lediglich die Zulassung von Pestiziden. "Mögliche additive oder synergistische Wirkungen sind viel zu komplex, um sie im Rahmen eines Zulassungsverfahrens toxikologisch einzuschätzen", ergänzt Weber.

Neues EU-Recht zur Pestizid-Reduktion

Um diese Lücke zu schließen, hat PAN-Europe zusammen mit dem Europäischen Umweltbüro in Brüssel jetzt einen Vorschlag für eine neue EU-Richtlinie zur Reduktion von Pestiziden vorgelegt. "Zunächst einmal brauchen wir zuverlässige Zahlen", fordert Carina Weber. Der neuen Richtlinie nach müssten Bauern den Behörden melden, welche Spritz- und Düngemittel sie auf ihren Feldern und Wiesen ausbringen. Darin

enthalten ist ebenfalls ein klar definiertes Pestizid-Reduktionsprogramm, zu dem sich dann die Mitgliedstaaten verpflichten würden. "Denkbar wäre auch die Besteuerung von besonders problematischen Stoffen", so Pestizid-Expertin Weber.

Bislang seien Regelungen stets als Reaktion auf Probleme eingeführt worden, die durch Pestizide entstanden sind. Und: "Wir haben ein Flickwerk von nationalen Regelungen", betont Carina Weber. Die neue EU-Direktive solle das Problem länderübergreifend und vor allem präventiv angehen. Bereits 1993 war im 5. Umweltaktions-Programm der EU festgehalten worden, dass die Menge an ausgebrachten Pestiziden bis zum Jahr 2000 deutlich reduziert werden muss. "Das ist jedoch nicht passiert", bemängelt Weber. Im Gegenteil, die wenigen Zahlen, die es vom Eurostat gibt, deuten auf eine leichte Zunahme der Pestizideinsatzes in den letzten Jahren hin.

Dass eine deutliche Reduktion machbar ist, zeigt eine aktuelle PAN-Studie. Im Projekt "From Law to Field" wurde der Apfel- und Weizenanbau exemplarisch unter die Lupe genommen. "Hier spielt die Beratung eine sehr wichtige Rolle", sagt Carina Weber. Deshalb ist auch sie Teil der vorgeschlagenen Richtlinie. "Die Bauern müssen künftig deutlicher im Hinblick auf eine Reduktion des Pestizideinsatzes beraten werden."